

der sozioökonomischen Struktur. Diese Faktoren wirken prägend auf die jeweilige Wählerschaft auf sub-nationaler Ebene und können sich in der ideologisch-programmatischen Ausrichtung der Landesverbände niederschlagen (Müller 2009; Oberndörfer und Schmitt 1991; Rohe 1992). Zudem gilt die Länderebene als Art „Versuchsgelände“ für Koalitionsbildungen im Bund. Hier kann die Tragfähigkeit und Wählerakzeptanz von neuen Bündnissen erprobt werden, auch wenn nicht zuletzt die programmatischen Unterschiedlichkeiten der Landesverbände solche Eignungsprüfungen erschweren (Heinrich 2002; Jun 1994; Kropp 2001; Kropp und Sturm 1998). Beispiele hierfür sind etwa die zwischen 1956 und 1958 regierende sozialliberale Koalition in Nordrhein-Westfalen, mit der die Öffnung der bis dahin zum Teil nationalkonservativ ausgerichteten FDP zur SPD begann, das 1995 ebenfalls in diesem Land gebildete rot-grüne Bündnis, das den „Lackmustest“ für die drei Jahre später auf Bundesebene gebildete Koalition darstellte, oder die 2013 gebildete Koalition aus CDU und Grünen in Hessen, deren nahezu reibungslose Arbeit und Wiederauflage 2018 als Vorlage für ein Bündnis beider Parteien auf Bundesebene angesehen wird (Debus und Faas 2019; Faas 2014). Ähnliches gilt für die Wählerreaktion auf neue programmatische Strategien von Parteien: Der Versuch, eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Tolerierung der Linken in Hessen 2008 zu bilden, ist hierfür ein Beispiel (Schmitt-Beck und Faas 2009). Schließlich nehmen Wähler sogenannte „second order elections“ (Reif und Schmitt 1980) wie Landtags-, Kommunal- oder Europawahlen als Anlass, die Arbeit von Regierungs- und Oppositionsparteien auf Bundesebene zu bewerten. Die Durchdringung regionaler Wahlen mit nationalen Themen ist ein in der deutschen wie auch internationalen Forschung häufig untersuchtes Phänomen, das auch empirisch für viele Regionalwahlen nachweisbar ist (Burkhart 2005; Dandoy und Schakel 2013; Dinkel 1977; Erikson 1988; Gabriel und Holtmann 2007; Golder et al. 2017; Hough und Jeffery 2003b; Müller 2018; Schakel 2017; Schakel und Jeffery 2013; Schnapp 2007; Tuftte 1975).

Somit sind die Muster des Parteienwettbewerbs in den Bundesländern aus mehreren Gründen von direktem wie mittelbarem Interesse. Eine Reihe von Studien hat sich mit den Parteiensystemen der Bundesländer und ihrer Entwicklung (Jun et al. 2008; Kost et al. 2010; Schniewind 2012) sowie deren parlamentarischen Systemen beschäftigt (Mielke und Reutter 2012). Zudem wurden die institutionellen und politisch-kulturellen Merkmale der deutschen Bundesländer intensiv analysiert (Freitag und Vatter 2008, 2009; Werz und Koschkar 2016).¹

¹Neben den eher vergleichend angelegten Werken erschien zudem eine Reihe von Bänden, die sich mit der Politik in einzelnen Bundesländern beschäftigen und dabei auch die

Das vorliegende Buch behandelt die programmatische Ausrichtung der Landesparteien und die Muster des Parteienwettbewerbs auf der sub-nationalen Ebene der Bundesländer. Dazu zählt zum einen die Frage, warum sich die Landesorganisationen einer Partei programmatisch voneinander unterscheiden. Dies kann seine Ursachen in der unterschiedlichen sozialstrukturellen Zusammensetzung der Wählerschaft eines Bundeslands haben (Knutsen 2009; Lipset und Rokkan 1967) oder auch im taktischen Verhalten der Landesparteien begründet liegen. Die Parteien in den Bundesländern könnten sich auch so positionieren, dass – mit Blick auf die Präferenzen der Wähler und der Mitbewerber – die Chancen zur Erhöhung ihres Stimmenanteils steigen (Adams et al. 2005, 2009, 2011; Downs 1957). Die Unterschiede in den programmatischen Zielvorstellungen der Parteien sowie die institutionellen Eigenschaften des deutschen Mehrebenensystems scheinen zudem – neben generellen Faktoren, die sich aus koalitionstheoretischen Ansätzen ergeben – auf die Regierungsbildung in den Bundesländern einzuwirken.

Die zentralen Fragestellungen des vorliegenden Buches lauten daher: In welchem Ausmaß unterscheiden sich die Muster des ideologisch-programmatischen Parteienwettbewerbs zwischen Bundes- und Landesebene einerseits und zwischen den Bundesländern andererseits? Was sind die Ursachen für die spezifische programmatische Positionierung von Landesparteien und welche Konsequenzen haben sie für den politischen Prozess wie etwa die Regierungsbildung in den Bundesländern?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird wie folgt vorgegangen: Kap. 2 gibt eine Übersicht zum aktuellen Stand der Forschung zum Parteienwettbewerb in Mehrebenensystemen. Dabei wird sowohl die international vergleichende Perspektive als auch die speziell auf Deutschland ausgerichtete Forschungsliteratur berücksichtigt. Im dritten Kapitel diskutieren wir die theoretischen Grundlagen zum Verständnis des programmatischen Parteienwettbewerbs und methodische Ansätze zur Messung der sachpolitischen Positionen der Parteien in den Bundesländern in einzelnen Politikfeldern. In diesem Kontext gehen wir am Rande auch auf die inhaltlichen Profile von Wahlprogrammen auf Bund- und Landesebene ein. Kap. 4 zeichnet die programmatische Entwicklung der Landesparteien auf der wirtschafts- und sozialpolitischen sowie der gesellschaftspolitischen Dimen-

jeweiligen Parteien und institutionellen Rahmenbedingungen beleuchten (vgl. etwa Kne-
langen und Boyken 2019; Oppelland 2018).

sion für den Zeitraum von 1990 bis 2019 nach. Im fünften Kapitel werden die ermittelten sachpolitischen Positionen der Landesparteien zur Analyse des Verhaltens der Parteien im politischen Prozess herangezogen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen zeigen, dass je nach Bundesland und Landtagswahl eine eigenständige programmatische Positionierung der Landesparteien vorliegt, die mitunter von der regionalen politischen Tradition eines Bundeslandes geprägt ist. Den Analysen zufolge reagieren Landesparteien bei der Formulierung der Wahlprogramme auf die sozialstrukturelle Zusammensetzung ihrer Wählerschaft. Empirische Evidenz zeigt sich auch für das Ziel von Parteien, ihren Stimmenanteil bei Wahlen durch Positionsverschiebungen zu erhöhen: Landesparteien verändern ihre programmatische Position dann, wenn sich die ideologische Ausrichtung der Wählerschaft verändert hat. Auch haben die programmatischen Positionen der Landesparteien eine entscheidende Auswirkung auf die Regierungsbildung in den Bundesländern: Je größer beispielsweise die programmatischen Unterschiede in einer Parteienkombination sind, desto unwahrscheinlicher ist es, dass sich aus dieser Parteienkombination die künftige Landesregierung bildet. In Kap. 6 werden die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und Pfade für weitere Studien, die sich insbesondere aus einer vergleichenden Analysestrategie ergeben, thematisiert.

Parteienwettbewerb in Mehrebenensystemen

2

In Ländern, in denen sich politische Parteien auf mehreren Ebenen eines föderalen oder dezentralen politischen Systems eigenständig konstituieren, beeinflussen Wahlen, aber auch sach- und personalpolitische Entscheidungen einzelner Parteien auf der einen Ebene regelmäßig die Entwicklung der Partei oder des gesamten Parteienwettbewerbs auf anderen Ebenen. Das Parteiensystem der Bundesrepublik mit seinen vielfältigen Verschränkungen von Bundesparteien und Landesverbänden bietet hierfür zahlreiche Beispiele. So war die Karriere von Gerhard Schröder maßgeblich mit der parteiinternen Bewertung der Wahlausgänge in zwei Bundesländern verknüpft. In Niedersachsen entschied sich in Folge des Wahlsieges der SPD bei der Landtagswahl im Frühjahr 1998, dass der amtierende niedersächsische Ministerpräsident Schröder und nicht sein saarländischer Amtskollege und Parteivorsitzender Oskar Lafontaine Kanzlerkandidat wurde. Wohl nicht zuletzt aufgrund der von Schröder erklärten Verknüpfung zwischen dem Wahlergebnis seiner Partei und seinem Anspruch auf die Kanzlerkandidatur konnte die SPD ihren Stimmenanteil in Niedersachsen von 44,3 % bei der Wahl 1994 auf 47,9 % steigern und damit die absolute Mehrheit der Sitze im Hannoveraner Landtag erringen (Thaysen 2004, S. 288). Schröders selbst gesetzte Hürde zur Aufrechterhaltung seiner parteiinternen Kandidatur – nicht mehr als zwei Prozentpunkte gegenüber der Wahl vier Jahre zuvor zu verlieren – wurde damit bei weitem übertroffen. Dies leitete den Entfremdungsprozess zwischen Lafontaine und der Schröders SPD der „neuen Mitte“ ein, die dann in der Gründung einer neuen Linkspartei im Jahr 2005 bzw. 2007 resultierte. Auch das Ende der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder ist mit dem Ausgang einer Landtagswahl

verknüpft. Am Abend der Niederlage der SPD bei der Landtagswahl 2005 in Nordrhein-Westfalen – laut Herbert Wehner die „Herzkammer“ der Sozialdemokraten (Andersen und Bovermann 2004, S. 312 f.) – kündigte Bundeskanzler Schröder an, eine vorzeitige Neuwahl des Bundestages anzustreben, die dann schließlich zur Niederlage von SPD und Grünen auf der Bundesebene führten. Ein ähnliches Beispiel lässt sich für die CDU anführen. So gab Angela Merkel nach der für die CDU enttäuschenden Landtagswahl in Hessen am 28. Oktober 2018 bekannt, nicht wieder für den Vorsitz ihrer Partei zu kandidieren, obwohl sie immer bekundet hatte, dass Parteivorsitz und Kanzlerschaft aus ihrer Sicht in eine Hand gehören (Debus und Faas 2019).

Diese – personenzentrierten – Beispiele zeigen, auf welche Weise der Wettbewerb der Parteien über die Ebenen des föderalen Systems hinweg verwoben sein kann und welche Auswirkungen Ereignisse auf regionaler Ebene für parteipolitische Konstellationen auf Bundesebene entfalten können. Umgekehrt können, wie etwa die Beobachtung des „mid-term loss“ verdeutlicht (Burkhart 2005; Decker und Best 2010; Dinkel 1977; Erikson 1988; Kern und Hainmueller 2006; Müller 2018; Tufta 1975), bundespolitische Rahmenbedingungen Einfluss auf den Parteienwettbewerb und den Ausgang von Landtagswahlen haben – was über eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat wiederum bundespolitische Implikationen haben kann.

In den nachfolgenden Kapiteln dieses Buches sollen diese verschiedenen Bedingtheiten und wechselseitigen Abhängigkeiten des Parteienwettbewerbs in den deutschen Bundesländern beleuchtet werden. Dabei nehmen wir immer zwei Arten von Faktoren in den Blick. Erstens gehen wir davon aus, dass sich die Parteiensysteme der Länder prinzipiell unterscheiden: Zum einen, da die Länder sozial-strukturelle, ökonomische und politisch-kulturelle Unterschiede aufweisen und Parteien als intermediäre Instanzen diese widerspiegeln können; zum anderen, weil der Wettbewerb selbst eine idiosynkratische Eigendynamik entwickelt. Zweitens richten wir den Blick auf den Einfluss der Bundes- auf die Landesebene. In diesem Kapitel werden deshalb zunächst die sozialstrukturellen und politisch-kulturellen Merkmale identifiziert, welche die programmatische Ausrichtung der Parteien beeinflussen können. Im zweiten Schritt wird das programmatische Verhalten von Parteien in Mehrebenensystemen aus der international vergleichenden Perspektive betrachtet. Im dritten Abschnitt dieses Kapitels werden die Faktoren identifiziert, die das programmatische Verhalten der Landesparteien im föderalen System der Bundesrepublik beeinflussen können.